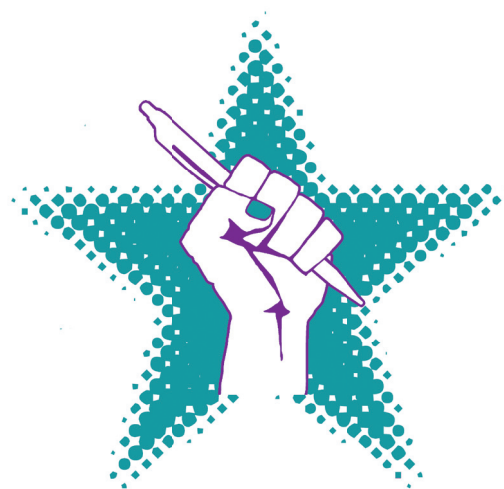


SOLIDARITÄT STATT KONKURRENZ!



Bildung ist die Entwicklung verantwortlicher Persönlichkeiten für das Zusammenleben in der Welt. Diese ist voller Herausforderungen, die – von allen für alle – wissenschaftlich besser gelöst werden können: Frieden, Nachhaltigkeit, soziale Entwicklung, Inklusion, Partizipation, Gesundheit und Kultur für Alle brauchen demokratische Bildung und kritische Wissenschaft.

Bildung und Wissenschaft gelingen wesentlich durch Kooperation: Fragen, die Meinung sagen, offener Disput, Fehler machen, exemplarisch Lernen und Gruppenarbeit im bewussten Bezug zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft sind Lebensmittel demokratischer Bildung. Die Wissenschaften benötigen kritische Reflexion, Verantwortungsbewusstsein sowie interdisziplinäre und internationale Zusammenarbeit um beispielsweise Fluchtursachen oder Seuchen entgegenzuwirken und zu lebendiger Demokratie und globaler Zivilisation beizutragen. Bildung und Wissenschaft erfordern Solidarität. **Dieses Erfordernis wird durch die herrschende Hochschulpolitik untergraben.** Für kurzatmige Geschäftsinteressen sollen sie dem „Wirtschaftsstandort“ dienen. Auch Rot-Grün folgt dem Modell der „Unternehmerische Hochschule“. Das ist mit dem BA/MA-System, der Jagd nach Renommee und Drittmitteln sowie durch Unterfinanzierung und betriebswirtschaftliches Management Sabotage an „Hochschulen für das Allgemeine Wohl“. Das muss beendet werden.

Demokratische Hochschule dienen nicht dem Vorteil weniger, sondern dem besseren Leben aller!

Deshalb treten wir ein für:

1. Aufhebung der Teilung des Studiums in „BA“ und „MA“ – Experimentierklausel jetzt!

Die Teilung des Studiums wurde eingeführt, um – kostengünstig – eine Masse von Studierenden „just in time“ für den Arbeitsmarkt zuzurichten und nur eine marktkonforme „Elite“ weiter zu qualifizieren. Diese Trennung wirkt hoch selektiv. Sie ist gegen das gemeinsame Lernen gerichtet, produziert Leid und schadet gesellschaftlich. Die permanente Konkurrenz im Studium um künftige Masterplätze ist politisch gewollte Erziehung zum Egoismus, die von Beginn an auf Widerstand stößt. Die Hürde muss weg, damit sich mehr Studierende kooperativ bilden und in Hochschule und Gesellschaft verantwortlich engagieren können. **Wir kämpfen für die gesetzliche Ermöglichung, alle Studienanfänger gleich zum Master zuzulassen. Dies ist der Einstieg in den Ausstieg aus dem Bologna-System.**

2. Förderung von Kooperation in den Wissenschaften – Schuldenbremse lösen!

Es gibt viele humanistische Aktivitäten in Forschung, Lehre und Studium: ob in der Klimaforschung, in der Erforschung von Assistenzsystemen für ältere und gesellschaftlich eingeschränkte Menschen, für inklusives Lernen, in Kooperation mit Theatern, Museen und Rundfunk für eine aufgeklärte Öffentlichkeit, in der Bekämpfung von Erkrankungen, in der Friedensbildung oder in der Verteidigung und Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte. Die Möglichkeiten der Kooperation für handlungsrelevante Erkenntnisse zum Allgemeinen Wohl sind riesig. Jedoch stoßen solche Ambitionen auf harte Grenzen: Unterfinanzierung, die Konkurrenz der Fakultäten um knapp gehaltene Ressourcen sowie die Überlastung der Lehrenden und der Mangel an Studienplätzen haben aktuelle eine gemeinsame Ursache: Die Politik der „Austerität“ (Entbehrung), welche die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben verschärft. **Solidarisch können wir diese Politik umkehren und dafür die Schuldenbremse lösen!**

3. Internationale Solidarität – Hochschulen für Flüchtlinge öffnen! Zivilklauseln durchsetzen!

Kriege, Klimawandel und Unterentwicklung durch verschärfte soziale Ungleichheit führen dazu, dass immer mehr Menschen fliehen. Auch in Hamburg sind unter den Flüchtlingen zahlreiche (potentiell) Studierende, die bisher lange auf die aufenthaltsrechtliche „Anerkennung“ warten. Das Leben in den Aufnahmestellen – ohne Bildung, Arbeit, Sprachlehre, Kultur und Partizipation – ist deprimierend. Die Universität kann dagegen zu internationaler Solidarität beitragen: Sie kann mit der Friedens- und Konfliktforschung die Aufklärung für Frieden stärken. Eine Öffnung der Hochschulen und Verbesserung der Partizipation aller sollte die internationale Verständigung fördern. Das Engagement für eine Zivilklausel an den Hochschulen (gegen Rüstungsforschung) und im Hafen (gegen Rüstungsexporte) wirkt für eine rein zivile Orientierung menschlicher Arbeit. **Wir fordern die Erleichterung des Hochschulzugangs für Flüchtlinge und kostenlose Deutschintensivkurse, die auf ein Studium/ das Studienkolleg vorbereiten. Friedensforschung und internationale Verständigung stärken!**

Diese drei Ziele sind Beispiele für Solidarität und Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung.

Wir rufen alle Studierenden und alle anderen Hochschulmitglieder auf: Beteiligt Euch! Involviert andere!

Kommt zur hochschulübergreifenden Demonstration!

„Solidarität statt Konkurrenz“

Mittwoch, den 17. Juni 2015 – 18 Uhr
Start: Hauptbahnhof

